

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 30 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 26. Juli 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Dauernde Rente oder einmalige Abfindung? — Die Kunst dem Volke — Leber in der Selbstsprache. — Zur Verbandsstagsfrage. — Aus anderen Organisationen. — Korrespondenzen. — Aus unserem Beruf. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 28. Juli bis 3. August 1918 ist der 31. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Dauernde Rente oder einmalige Abfindung?

Der Krieg hat so viele Umwälzungen und Neubildungen mit sich gebracht, daß es unserer gespanntesten Aufmerksamkeit und unserer strengsten Tätigkeit bedarf, um der Neugestaltung der Dinge gerecht zu werden. Neben der Heilung seelischer, sittlicher und gesundheitlicher Schäden kommt es besonders darauf an, die Aufwärtsentwicklung unseres Volkes nach allen Richtungen hin tatkräftig zu fördern. Dabei ist es notwendig, das allgemeine Volksinteresse mit dem besonderen Interesse der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen und außerdem das Interesse des einzelnen Berufes nicht zu vergessen. Die Gewerkschaften als die gegebenen Vertretungen der Arbeiter und Arbeiterinnen eines bestimmten Erwerbszweiges haben die schwierige und undankbare Aufgabe, in gleicher Weise Volksinteresse, Arbeiterinteresse und Berufsinteresse zu wahren und allen dreien gerecht zu werden. Daß dies nicht eben leicht ist und Mißverständnissen und Mißdeutungen Tür und Tor öffnet, davon wissen die von rechts und links angefeindeten deutschen Gewerkschaften ein Lied zu singen.

Ein so ungemein wichtiges Problem, wie die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten es ist, stellt die Gewerkschaften vor die Aufgabe, diese Angelegenheit so zu behandeln, daß die verschiedenartigen Interessen gewahrt bleiben. Das persönliche Interesse der einzelnen muß in den Strom des Allgemeininteresses gelenkt werden, weil eine organische, erfolgverheißende Eingliederung aller Volksmassen mit vermindelter Arbeitsfähigkeit in unsere Volkswirtschaft eine Vorbedingung unseres Aufstiegs ist, gleichzeitig müssen aber Vorkehrungen getroffen werden, daß darunter das berechnete Interesse der vollwertigen Berufskollegen und -kolleginnen keinen Schaden leidet. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint es angebracht, einmal die Frage zu erörtern, ob es allgemein empfehlenswert ist, die Opfer des Krieges dauernd durch eine Rente zu entschädigen oder sie durch die einmalige Zahlung einer entsprechenden Geldsumme abzufinden.

Zunächst spielen hier persönliche Momente eine Rolle. Offenbar hat die Kapitalabfindung vor der Rentenzahlung manche Vorzüge. Sie macht den Kriegsbeschädigten unabhängiger, in-

dem sie ihn von der Rentenquetsche unrühmlichen Angeberkens und ihren unangenehmen Begleitererscheinungen erlöst und ihm die Furcht vor einer Rentenberührung nimmt. Diese Angst, unter der zahlreiche Rentenempfänger leiden, bringt, wie die Erfahrung gelehrt hat, allerlei Uebelstände mit sich und hat sogar eine besondere Krankheit, die Rentenneurose, gezeitigt. Sie lähmt unzweifelhaft die Tatkraft und Arbeitslust der Beschädigten und wirkt deshalb volkswirtschaftlich äußerst ungünstig. Demgegenüber würde eine Kapitalabfindung sehr vorteilhaft auf den Empfänger wirken. Sie weckt sein Selbstbewußtsein und gibt ihm das Gefühl einer wirtschaftlichen Sicherheit, sie stellt ihn wieder mitten in das Getriebe unseres Wirtschaftslebens und treibt ihn an, seine Kräfte aufs höchste anzuspannen, sie genährt ihm die Möglichkeit, von dem ihm zugefallenen Kapital den besten Gebrauch zu machen, und sie erzeugt in ihm den Trieb, auf dem Vorhandenen weiterzubauen und seine Lebenslage günstiger zu gestalten. Auf diese Weise wird er sich leichter mit dem durch den Krieg erlittenen Schaden abfinden. Umgekehrt liegt allerdings auch die Gefahr vor, daß der Betreffende durch eigene oder fremde Schuld sein Kapital ganz oder teilweise verliert und dadurch schlechter gestellt wird als der Rentenempfänger, aber diese Möglichkeit muß mit in den Kauf genommen werden. Es ist nämlich von Bedeutung für unser öffentliches Leben, daß die Zahl der Rentenbezieher nicht allzu sehr anschwillt, daß wir vielmehr möglichst zahlreiche Menschen haben, die auf sich selbst gestellt sind und die das Bewußtsein in sich tragen, für ihr eigenes Tun und Lassen selbst verantwortlich zu sein und für die Folge ihrer Handlungsweise persönlich aufkommen zu müssen. Volkswirtschaftlich hat dies auch noch den Vorteil, daß hierdurch ein größerer Wettstreit und Wettbewerb entsteht, der die Leistungen steigert und vor einem erschlaffenden Rentnertum bewahrt. Außerdem bietet die Kapitalabfindung auch noch die Möglichkeit für die Betreffenden, ihr Kapital in wirtschaftlichen, z. B. genossenschaftlichen Unternehmungen nutzbringend anzulegen und dadurch unsere Volkswirtschaft zu befruchten, ein Umstand, der bei der großen Zahl der Kriegsbeschädigten und der bedeutenden Summe, um die es sich hier handelt, sehr beachtenswert ist.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus verdient die Kapitalabfindung unstreitig den Vorzug vor der Rentenzahlung. Man darf wohl behaupten, daß ein Arbeiter, der ein kleines Kapital als Notfonds und Rückenstärkung besitzt, den Anforderungen des Wirtschaftslebens gegenüber geicherter und darum unabhängiger dasteht: er ist freier in seinen Entscheidungen, weil er unter Umständen imstande ist, bei Lohnbewegungen und in Zeiten der Arbeitslosigkeit besser durchzuhalten, als wenn er von der Hand in den Mund leben muß und lediglich auf die kärgliche Unterstützung angewiesen ist, und er ist nicht gezwungen, sich den Launen seines Arbeitgebers willenlos zu fügen. Es ist ja ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß uns die proletarische Verelendung

zur Neugestaltung der Dinge und zur Hebung der Arbeiterklasse führen werde. Der Weg zum Sozialismus geht nicht durch die Niederungen des Massenelends, sondern über die Höhen des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Sicherheit. Wir können gar nicht genug Arbeiter haben, die außer ihrer Arbeitskraft, von deren Verausgabung sie leben, auch noch materielle Mittel besitzen, die zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit beitragen und ihr Selbstbewußtsein stärken. Je höher der materielle Wohlstand des Proletariats in seiner Gesamtheit steigt — und die Kapitalabfindung vermag hierzu beizutragen —, desto energischer kann der Befreiungskampf geführt werden. Es kommt noch hinzu, daß das Unternehmertum, allen Versprechungen zum Trotz, immer wieder versuchen wird, die Kriegsrente ganz oder teilweise auf die Löhne anzurechnen. Die Möglichkeit hierzu wird vermindert, wenn die Rentenzahlung durch eine Kapitalabfindung ersetzt wird, über deren Verwendung und Verbleib der Arbeitgeber nicht unterrichtet ist. Die dauernde Rentenzahlung treibt das Unternehmertum an, die Rente in die zu zahlende Lohnsumme einzufalkulieren, die einmalige Kapitalabfindung gerat allmählich in Vergessenheit und verschwindet dadurch aus der Kalkulation.

Bekanntlich ist schon heute, wenn auch nur in beschränktem Maße, die Möglichkeit gegeben, einen Teil der Rente in Kapital umzuwandeln, falls die gezahlte Summe zum Erwerb eines Grundstücks für den eigenen Gebrauch des Betroffenen verwendet werden soll. Diese Möglichkeit muß erweitert werden und in das freie Ermessen des Beschädigten gestellt werden. Dem Staate kann es ja an und für sich einerlei sein, ob er eine Rente zahlt oder das entsprechende Kapital, das er dann verzinsen und allmählich tilgen muß, dem Kriegsbeschädigten wäre aber damit gebietet, wenn er eine größere Summe in die Hände bekommt, über die er frei verfügen kann. Unser wirtschaftliches Leben würde dadurch befruchtet und günstig beeinflusst werden, und zugleich würde eine solche Maßregel auf das Bewußtsein und die seelische Stimmung, wie auch auf die Arbeitsfreude der Kriegsbeschädigten wohlthätig einwirken. Das Rentenwesen in unserer Sozialversicherung lockt wahrlich nicht zur Nachahmung, aus allgemeinen und persönlichen Gründen ist eine Kapitalabfindung vorzuziehen.

Die Kunst dem Volke!

Vor etwa 1½ Jahren wurde der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur gegründet, dem bereits 11 000 Mitglieder, 190 Verbände und Vereine mit insgesamt 3½ Millionen Mitglieder, darunter auch die Generalkommission der Gewerkschaften, angehören.

Der Verband bezweckt den Zusammenschluß aller Deutschen zur Hebung und Förderung des deutschen Theaters, als Pflegetätigkeit der Kunst im Geiste deutscher Bildung und Gerechtigkeit. Er will vor allem das Theater allen Schichten des deutschen Volkes zur-

gänglich machen, das Verständnis für die nationale Bühnenkunst und ihre Bedeutung wecken und Wirkstände im Theaterwesen bekämpfen.

Der vom Verein bezweckte Zusammenschluß aller Kräfte des Volkes (Behörden, Vereine, Theater, schaffende und ausübende Künstler, Einzelpersonen) erfolgt auf paritätischer Grundlage unter Wahrung der Freiheit künstlerischer Schaffens und Denkens, sowie der Selbständigkeit der angeschlossenen Körperschaften.

Der Verband widmet sich gleichzeitig mit Eifer der Bildung von Ortsvereinen, die in über 100 deutschen Städten bereits eingeleitet ist und die in etwa 40 Städten bereits erfolgreich arbeiten. In den größeren Städten, die ein eigenes Theater besitzen, ist es die Aufgabe der Ortsvereine, die Theaterleitung in ihrer künstlerischen Arbeit zu unterstützen, durch geeignete Einrichtungen die Vorstellungen allen Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und auf den Geschmack berekend einzuwirken. Auch kann durch die literarisch interessierten Kreise die Förderung besonderer Kunstgattungen betrieben werden.

In den kleinen Städten ohne eigenes Theater tritt der Ortsverein als Organ der Gesamtheit der Bevölkerung an die Stelle der Bühnenleitung, er besorgt im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung das System der Zufälligkeiten, das bis jetzt das Kennzeichen des Theaterlebens in den meisten kleinen Städten ist und bei dem es ganz in das Belieben umherreisender Truppen gestellt ist, mit welcher Nachahmung minderwertiger Großstadtpossen sie die Stadt beglücken wollen. Der Ortsverein arbeitet einen Winterplan aus, bei dem auch auf die Einrichtung von Volks- und Schülervorstellungen Bedacht genommen wird, er ermöglicht den gemeinnützigen Wanderunternehmungen oder benachbarten Bühnen eine genügend große Zahl von Vorstellungen, organisiert den Besuch und sorgt für die notwendige geistige Vorbereitung. Er unterbindet zugleich umherreisenden minderwertigen Truppen die Möglichkeit, schlechte Aufführungen zu geben.

So hofft er durch das Zusammenwirken aller Kräfte, mit der Unterstützung der Behörden und unter Führung der Fachleute, dem deutschen Theater im Geistesleben des deutschen Volkes den Platz zu erringen, der ihm gebührt und es dem geistigen Wachstum und dem Kulturfortschritt des ganzen Volkes dienstbar zu machen.

Als allgemein bekannt wurde, daß die General-Kommission der Gewerkschaften sich dem genannten Verbands als körperschaftliches Mitglied angeschlossen habe, hörte man hier und da Zweifel äußern, ob das auch noch mit den Aufgaben der Generalkommission etwas zu tun habe. Dazu ist zu bemerken, daß der Beitritt zum Theaterkulturverband und die damit bewirkte Förderung seiner Bestrebungen durchaus im Rahmen der Aufgaben der Gewerkschaften liegt und von ihnen unterstützt zu werden verdient. Denn es dürfte unter Gewerkschaftern ja wohl keinen Streit darüber geben, daß die Gewerkschaften neben ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe um die wirtschaftliche Hebung und Förderung der Arbeiter, auch allgemeine kulturelle Aufgaben zu erfüllen haben und solche erfüllen wollen. In den Statuten wohl aller Gewerkschaften ist das so ausgedrückt, daß neben der wirtschaftlichen Lage auch die geistigen Interessen der Mitglieder gefördert werden sollen. Schon ein oberflächlicher Blick in die deutsche Gewerkschaftspresse zeigt uns ja auch, wie ernst es die Gewerkschaften mit dieser ihrer Aufgabe nehmen und wie erfreulich weit entfernt sie davon sind, einer lediglich auf materielle gerichteten Kultur zu dienen. Sie haben sich in stetig steigendem Maße auch die Pflege und Förderung geistiger Kulturgüter zu eigen gemacht, soweit sie das mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vermögen.

Es liegt andererseits aber auch in der Natur ihrer Gesamtaufgaben, daß diese Förderung geistiger Interessen bisher hinter der Befolgung wirtschaftlicher und anderer mehr materieller Dinge verhältnismäßig zurückstehen mußte.

Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist — deshalb mußte erst einmal die materielle Grundlage für alles andere geschaffen werden. Es mag allerdings auch die Tatsache, daß notwendigerweise die Pflege der geistigen Interessen nicht immer gleichen Schritt halten konnte mit der Förderung der sonstigen Aufgaben, nicht allen Mitgliedern der Bewegung gleich stark zum Bewußtsein gelangt sein. Aber allen denen, die wissen, was in dieser Hinsicht noch fehlt, ist die Tatsache jedenfalls nicht gleichgültig und sie haben daher das lebhafteste Bestreben, das Manko, das in dieser Beziehung nun einmal noch vorhanden ist, mit allen erreichbaren Mitteln auszugleichen.

Eines der wertvollsten Bildungsmittel, ein Mittel zur Verbreitung und Vertiefung geistiger Kultur, ist nun zweifellos das Theater — oder könnte es doch sein. In wie starkem Maße das Theater — das Wort im weitesten Sinne gefaßt — auf die Gefühle und das Denken der breiten Massen

einzuwirken vermag, das haben — in gutem und in bösem Sinne — schon die Staatenlenker und herrschenden Gewalten im klassischen Altertum erkannt: im guten Sinne die altgriechischen Stadt- und Staatenrepubliken, im bösen Sinne die römischen Mächtigen, die als wirksamste Mittel zur Verübung der von ihrer Scholle vertriebenen hungernden Proleten „panem et circenses“, d. h. Brot und Spiele verabreichten ließen. Ja, es hat Epochen gegeben, wo das Theater ein revolutionärer Faktor gewesen ist. So wissen wir aus der Geschichte der großen französischen Revolution, wie tief dieselbe geistig durch die Komödien eines Voltaire beeinflusst worden ist.

Sehen wir aber von jeder besonderen Tendenz ab. Betrachten wir das Theater lediglich als Anstalt zur Vermittlung und Förderung allgemein-geistiger Kultur, so läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß es im Dienste der geistig-kulturellen Hebung des Volkes ein Faktor von außerordentlich starker Bedeutung ist und es in noch weit höherem Maße zu werden vermag. Das haben die größten Heroen deutscher Geisteskultur in ihren Schriften über die Bedeutung des Theaters immer wieder dargetan. Es sei hier nur ein Name genannt: Schiller! Wer es daher unternimmt, der breiten Masse des Volkes das Theater näher zu bringen und demselben ermöglicht, gute Kunst zu erschwinglichen Preisen zu genießen, der bereitet den Boden für eine allgemeine Hebung der geistigen Kultur, der berichtet Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes. Der leistet vor allem der Arbeiterklasse einen großen Dienst. Ist das nicht eine Aufgabe, um einmal ein banales Wort zu gebrauchen: des Schmiedes der Edeln zu werden wert? Und sollte das nicht auch zu den Aufgaben der Arbeiterorganisationen aller Art gehören?

Die Antwort auf die vorstehende Frage haben die meisten Organisationen auch wohl schon in der Praxis gegeben. Denn es dürfte nur wenige unter ihnen geben, die nicht schon einmal oder öfter künstlerische Darbietungen für ihren Mitgliederkreis veranstaltet hätten. Aber wer schon an der Vorbereitung solcher Veranstaltungen mitgewirkt hat, der weiß auch, daß es in den meisten Fällen, wenn ein wirklich künstlerisches Programm zusammengestellt werden soll, ohne künstlerische Beratung nicht geht. Und auch dann bleibt eine solche Veranstaltung für die mit der Vorbereitung Betrauten immer eine sehr zeitraubende und verantwortungsvolle Aufgabe. Andererseits aber, wenn es vergönnt war, einer wirklich gelungenen künstlerischen Veranstaltung in unseren Organisationen beizumohnen, der hat sicher von vielen der Mitglieder den Wunsch äußern hören, daß „so etwas“ doch öfter geboten werden möchte. Es ist aber auch eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Arbeiterorganisationen solche Veranstaltungen nur in sehr geringer Zahl herausbringen können und demnach das, was geboten werden kann, weit hinter dem zurückbleibt, was gewünscht wird. Schließlich ist jede derartige Sache auch ein finanzielles Wagnis, das nicht immer günstig ausgeht.

In dem Theaterkulturverband haben wir es mit einer Organisation zu tun, die gerade vom Standpunkte der Gewerkschaften aus die größtmögliche Förderung verdient. Eine Arbeit, wie dieser Verband sie leistet und fernerhin in immer zunehmendem Maße leisten will, muß rückwirkend wiederum auch die Gewerkschaften in denkbar günstigstem Sinne befruchten. Ihnen kann es nur förderlich und nützlich sein, wenn ihre Mitglieder geistig und sittlich auf den denkbar höchsten Niveau stehen. Daß sie zum mindesten die Zweckmäßigkeit möglichst guter künstlerischer Darbietungen schon erkannt haben, ist ja bereits ausgeführt. Ebenso aber auch, daß sie bei allem guten Willen auf diesem Gebiete nur höchst selten Vollwertiges leisten können und von einer planmäßigen Förderung guter Bühnenkunst dabei überhaupt keine Rede sein kann. Und doch gilt auch auf diesem Gebiete das Wort, daß das Beste gerade gut genug für die Arbeiterschaft ist. Das Beste ist aber heute so teuer, daß nur finanziell sehr gutgestellte Gewerkschaften es sich leisten können, es ihren Mitgliedern zu vermitteln. In den meisten Fällen müssen sie sich mit mittelmäßiger Marktware, oftmals sogar mit geringwertigem Gut begnügen. Von einer organisierten Bearbeitung dieses Gebietes durch die Gewerkschaften unmittelbar kann keine Rede sein; und von einer Einwirkung auf die Kunststrebungen im sozialen Sinne schon gar nicht. Die Möglichkeit dazu sollen und dürfen aber die Gewerkschaften nicht von der Hand weisen, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten ist. Und wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, daß der Theaterkulturverband seine Bestrebungen in die entlegensten Orte des Reiches erschließen will, die bisher von jedem Kunstgenuss geradezu abgeschlossen waren, daß von ihm mit ganz besonderer Energie die Errichtung von öffentlich unterstützten Wandtheatern betrieben wird — daß also sein diesbezügliches Wirken auch dem Arbeiter in der Kleinstadt und mittelbar selbst im kleinsten Dorfe zugute kommen soll — wenn man dies alles in Betracht zieht, dann wird man zugeben müssen,

daß an einem solchen Wirken die Gewerkschaften ein großes, lebendiges Interesse haben. Mit Hilfe des Theaterkulturverbandes wird ihnen zum ersten Male die Gelegenheit geboten, den wunderbaren Schatz dramatischer Weltliteratur und deutscher Bühnenkunst fast allen ihren Mitgliedern mit verhältnismäßig geringem Aufwand an Mitteln zugänglich machen zu können und somit bei vielen von ihnen den Sinn für die Schönheiten der Kunst und des geistigen Genießens zu erwecken und zu fördern.

Wenn aber der Theaterkulturverband diese seine großen Aufgaben erfüllen soll, dann bedarf er dazu der praktischen Mitarbeit auch der Gewerkschaften überall da, wo er in diesem Sinne wirken will. Dann ist es nicht damit getan, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit in dem Verbandskörperschaftlich vertreten sind. Die Aufgaben des Verbandes, die hier in ihrer Gesamtheit dargestellt wurden, wiederholen sich an jedem einzelnen Ort, in jeder Provinz, in jedem Bundesstaat, und müssen überall praktisch in die Hand genommen werden. Überall muß darauf hingewiesen werden können, daß wirklich die Massen des Volkes das fordern, was der Verband in ihrem Namen vertritt.

Auf der anderen Seite haben wir auch ein Interesse daran, überall, wo eine Verwirklichung der aufgestellten Forderungen im allgemeinen in Aussicht gestellt erscheint, unser Gewicht auch in den einzelnen Ortsgruppen des Verbandes in dem Sinne geltend zu machen, daß nun auf dem Gebiete der künstlerischen Darbietungen dem entsprochen wird, was wir für uns glauben beanspruchen zu sollen. Nicht in dem Sinne, daß nun eine ganz bestimmte Tendenz in den Vordergrund gerückt wird, sondern ganz allgemein von der Auffassung ausgehend, daß wir mitraten und mitarbeiten wollen, wo es sich darum handelt, daß auch für uns etwas geschaffen werden soll. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, daß sich die einzelnen örtlichen Gewerkschaften oder auch die Gewerkschaftsartelle den Ortsgruppen des Theaterkulturverbandes als körperschaftliche Mitglieder anschließen, oder, wo solche Ortsgruppen noch nicht bestehen, selber den Anfang mit der Bildung einer Ortsgruppe zu machen.

Es wäre zu wünschen, daß diese Anregung allenthalben auf fruchtbaren Boden fällt; denn hier gilt es eine alte Forderung aller Vorwärts- und Aufwärtstrebenden endlich einmal praktisch zu verwirklichen, die lautet:

Die Kunst dem Volke!

Leder in der feldsprache.

Von Marcel Lyon, zurzeit im Felde.

(Nachdruck verboten!)

Jeder wird wohl schon einige Proben von dem „Kauderwelsch“, das der Feldgrau im Felde spricht, gehört haben. Nicht immer sind es gedankenlose Kraftworte voll töflichen Humors und echt soldatischer Verbtheit. Oft wird der Soldat auch zu einem Sprachkünstler ersten Ranges, der in tiefempfundener Gleichmüßigkeit und in farbenprächtigen Bildern, die kein Maler schöner malen kann, zu uns spricht. Soweit von den feldgrauen Wortgestaltungskünften und Sprachschöpfungen unser Fach berührt wird, will ich hier einige kleine Proben von der neuesten aller Sprachen geben.

Während die reitenden Truppen als „Sohlen-schoner“ gelten, ist der Infanterist vornehmlich auf seine Stiefel angewiesen. Er nennt sie: Kinderfärge, Elbkähne, Maulenhüllen, Saalkähne, Trittschen, Trittlinge, Langschäfter, Hochtapler, Ranalschiffe, Quadratlatschen, Oberkähne, Flurschabentretter, Knobelbecher, Wundkästen, Spreeschlepper und Hühneraugenverband.

Zu den Schnürstiefeln sagen die Marinejungen „8,8-Ratschen“, wobei sie an ein 8,8-Zentimeter-Geschütz denken.

Auch der gute alte Lederhelm hat neben dem modernen Helm, dem Stahlhelm, mancherlei Namen, z. B.: „Schornsteinauffaß, Gefechtshut, Hurraüte, Kriegszylinder, Tulpe, Mißableiter, Meißbübel, Suppenpot, Dippe (von Topf), Widelhaube, Zipfelhaube, Bübel, Kriegshut, Hut, Zylinder, Sturmhut, Qualmtüte, Qualmtüte, Durskfiepe, Brennzylinder, Blumentübel, Offensivhelm und Römerdeckel“. Tschako (beim Jäger) und Trudelbecher sind gleichbedeutende Begriffe.

Der Tornister ist auch als Verdrüßhoffer, Affe und Univerfalkommode recht unbeliebt.

Leibriemen alias Koppel sind als Magenbremse, Korsett, Reformkorsett, Schmachtriemen und Schmachthurt bekannt.

Der Koffer scheint im Felde eine große Rolle zu spielen. Als „Sandföfjerle“ dienen schwere Geschosse. „Meißkoffer“ nennt man den alten Rumpfer-Doppelbecher wegen des Rumpfervorderteils, auch schwere Granaten,

Ein Maulkorb darf nicht mit einem „Weißkorb“ verwechselt werden, denn als solchen schätzt man die Gasmaste.

Ein „Portemonnaie“ ist kein Portemonnaie, sondern ein Portepesee, ein Offiziersseitengewehr ein „Offiziersportemonnaie“.

Leber gilt als „Kroftobilshaut“. Das Seitengewehr in der Leberscheide führt folgende Aboptionnamen: „Käsemesser, Büchsenöffner, Rattenfänger, Splint, Krautmesser, Nitzsch, Patagan, Dösel, Döselstecher und Taschenmesser“.

Eine noble Passion erfüllen die Patronentaschen als „Schmuckfästchen“, während sie praktisch als „Zigarrenetui“ zu gebrauchen sind.

Daß der Portepeseführer nur als „Portemonnaieheirich“ angesehen wird, dürfte nach dem Vorhingelegten verständlich sein. Einen noch berechtigteren Namen führt der Sanitätsoldat. Er muß den Toten den Brustbeutel abschneiden, damit er an die Angehörigen gesandt werden kann. Daher der Name „Brustbeutelabschneider“ für Sanitätsoldat.

Das Sturmband am Helm des Soldaten, das die ehemaligen „Schuppenketten“ vertritt, soll nur eine „Hfenschnauze“ sein.

Arbeitet man, so spricht man vom „Wuchten, Witten und Wragen“. Die Arbeit wird im „Arbeitsnachweis“ (Wohnung des Kompanieführers) vergeben. Gibt es keine Arbeit oder kein Material, so ist Arbeit oder das betreffende Material „naplu“ (Verdrückung des französischen Ausdrucks „à la plus“ = nicht mehr da), oder es heißt, daß „Arbeit groß geschrieben“ würde und „auf Urlaub“ wäre. In Modelle hält man sich weniger, wenigstens nicht bei der Arbeit, denn als „Modelle“ gelten die Mädchen.

So spricht Feldgrau. Wer ihn noch anders sprechen gehört hat (soweit es in dieses „Kapitel“ paßt), teile es mir bitte an meine Privatadresse: Berlin-Steglitz, Galsstr. 38 I, mit.

Zur Verbandstagsfrage.

Nachdem bereits des öfteren über die Einberufung des Verbandstages geschrieben worden ist, so will auch ich aus dem Felde meine Ansicht zu dieser Angelegenheit äußern. Obwohl schon vor Jahren aus dem Berufsleben ausgeschieden, so interessiere ich mich doch für unser Verbandsleben, leider ist es mir nicht vernünftig, selbst tätig mitzuarbeiten.

Nedoch bin ich der Ansicht, daß auch ohne die im Felde stehenden Kollegen die Einberufung des Verbandstages, „zumal er schon sechs Jahre nicht getagt hat“, dringend notwendig ist.

Erstens ist über den Uebergang zur Friedenswirtschaft Stellung zu nehmen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Zweitens ist die Stärkung unsere Klassenverhältnisse dringend notwendig, da wir einer sehr schweren Zeit und großen wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen. Um nun dieses Ziel recht schnell zu erreichen, wäre es praktisch, das Vermögen der Lokalkassen einzuziehen und dieselben aufzuheben.

Diese sind nur in den Großstädten durch die große Fluktuation der Kollegen leistungsfähig, ohne der Allgemeinheit zu nützen. Auf diese Weise könnte die Zentalkasse sehr gestärkt und bedeutend leistungsfähiger werden. Der Beitrag würde von selbst steigen und die Leistungen der Kasse könnten bedeutend erweitert und ausgebaut werden. Auch zum Staffelleistung muß Stellung genommen werden, damit auch die schwächeren Kollegenkreise voll erfaßt werden. Es wird viel darüber gesagt, daß die paar Prozent, welche zur Verwaltung verwandt werden, nicht ausreichen, um die örtlichen Ausgaben zu decken. Diese Skalamität ließe sich am besten aus der Welt schaffen, indem allgemein 5 Pf. Ortszuschlag erhoben würde, um etwaige Mantos auszugleichen.

Um unseren Verband zu stärken, wäre es praktisch, den Zusammenschluß aller verwandten Berufe so schnell als möglich herbeizuführen und einen Zentralverband zu gründen. Das Unternehmertum ist uns da bereits zuvor gekommen und wir müssen von ihm noch viel lernen. Es hat sich in diesem Kriege so recht gezeigt, je fester und geschlossener man dahebt, desto größer ist die Widerstandskraft. Das haben uns ja auch die anderen Industrieverbände zur Genüge bewiesen. Außerdem könnte eine ganz andere Agitation entfaltet werden. Es könnte in dem kleinsten Ort eine Kaffistelle geschaffen werden und so auch der letzte Verursachener erfaßt werden, was bisher noch nicht möglich war. Auch für unsere Beamten gibt es in einem großen Verbands rege Arbeit, zumal sie dann über das ganze Reich verteilt werden müssen, um unsere Kollegenschaft mit Rat und Tat zu stützen und zu schulen. Darum ist es notwendig, den Verbandstag einzuberufen und all diese Fragen zu erörtern. Sollten später noch einige wichtige Fragen auftauchen, so kann im Notfall ein außergewöhnlicher Verbandstag einberufen werden.

Brandenburg a. S. Wilhelm Runa, zurzeit im Felde.

Hus anderen Organisationen.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt in der Zeit vom 8. bis 10. Juli in Würzburg seinen zweiten Kriegsverbandsstag ab. Die dort gepflogenen Verhandlungen sind für die Gewerkschaften von Bedeutung, weil der Schuhmacherverband mit der sogenannten Politik der Generalkommission nicht einverstanden ist und das Verbandsorgan im Jahressommer der Opposition segelt. Während der Verbandstag 1918 sich hauptsächlich mit der Taktik des Verbandes beschäftigte, machte er sich in diesem Jahre wegen der Tarifpolitik notwendig. Dem vom Vorsitzenden Simon erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder am Ende der Berichtszeit 17 608 betrug. Im ersten Halbjahr 1918 stieg diese Zahl um rund 8900 auf 21 534. Davon waren 10 772 männliche und 10 762 weibliche Mitglieder, während Ende 1917 die Zahl der männlichen Mitglieder die der weiblichen um über 2000 überstieg. Im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten beträgt der Prozentfuß der Organisierten im Durchschnitt 66. Nach dem Kassenericht betragen bei einem Kassensbestandsvortrag von 867 794 M. die Gesamteinnahmen der Hauptkasse in der Berichtszeit 1 364 704 M., die Ausgaben 431 490 M. Am Schluss der Berichtszeit betrug das Vermögen des Verbandes 933 214 M., es vermehrte sich um 65 419 M. Zur Tariffrage wurde einmütig eine Resolution angenommen, in der der Verbandstag die Bedeutung des Reichstags für Zivilschutzwerk für die gesamte Schuhindustrie anerkennt. Er erblid in demselben eine geeignete Grundlage, um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu vervollkommen. Der Verbandstag erklärt aber, daß die tariflichen Grundlätze und Ortszuschläge den tatsächlichen Verhältnissen in vielen Fällen nicht entsprechen. Er bedauert, daß keine weitere Verfürzung der Arbeitszeit erreicht und die Ferienfrage keine Regelung erfahren hat. Der Verbandstag erwartet, daß bei einer Erneuerung des Vertrages diese Punkte besonders berücksichtigt und ihre Annahme energisch verfochten wird.

Mit der Erörterung der Anträge, welche die Sperrung der Beiträge an die Generalkommission verlangen, wurde die Stellung zur Redaktion des Fachblattes verknüpft. Zur Begründung der Anträge auf Sperrung der Beiträge wurde auf die allgemeine Kriegspolitik der Generalkommission, auf ihren Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland, die Teilnahme an der Ludendorffspende und die Herausgabe des Flugblattes anlässlich des Berliner Streiks verwiesen. Nach den Begründern der Anträge kamen mehrere Delegierte zum Wort, die die Anträge aufs schärfste bekämpften. Mit der Sperrung der Beiträge an die Generalkommission würde man der eigenen Organisation den größten Schaden befügen. Die Generalkommission führe auch nur die Beschlüsse der Vorstandskonferenzen aus. Sei auch der Anschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland ein Fehlgriff, so dürfe das aber nicht dazu führen, die Beiträge zu sperren. — Die Haltung des Fachblattes fand von diesen Rednern scharfe Kritik. Das Verbandsorgan sei kein gewerkschaftliches Blatt mehr, sondern eine politische Zeitung, erfüllt von politischer Geschäftigkeit gegenüber der anderen Richtung. Die Redaktion habe sich über den Beschluß des letzten Verbandstages hinweggesetzt. Im Fachblatt müßten die Interessen der Gewerkschaften und nicht die einer Partei vertreten werden. Es sei Zeit, daß hier eine Aenderung einträte, und daß das Organ von Gotha nach Nürnberg übergeführt werde. Verbandsvorsitzender Simon kann es verstehen, daß Anträge auf Sperrung der Beiträge gekommen sind, er könne sie aber nicht billigen und sei darum entschieden dagegen. Es werde die Zeit kommen, wo die Enigtheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit sei, darum wolle man sich nicht trennen. Bei den Kämpfen nach dem Krieg seien die Gewerkschaften mehr als je aufeinander angewiesen. Die Politik der Generalkommission beurteile er auf das allerentschiedenste. Bezüglich des Fachblattes betonte Simon, dem Redakteur könne man nicht versagen, gegen die Generalkommission, gegen die Politik des 4. August, die zusammengebrochen sei, Stellung zu nehmen. Seine Artikel seien meist herausgefordert worden durch Angriffe von der Gegenseite. Der Vertreter der Generalkommission, Silber Schmidt-Berlin, stellte in längerer Rede falsche Auffassungen richtig und rechtfertigte die Haltung der Generalkommission. Durch den Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland sei kein Anschluß an bürgerliche Kreise erfolgt; der Bund bedeute lediglich einen Zusammenschluß von Kräften zur Erreichung eines bestimmten gleichen Zieles. Die Generalkommission habe bei alle ihren Handlungen keine Grundätze aufgegeben; sie lasse sich leiten von dem Wohl der Arbeiterklasse. Die Generalkommission handle im Einverständnis und nach den Beschlüssen der Vorstandskonferenz. Die Unterstützung der Ludendorffspende liege nur im Interesse der Kriegsbefähigten. Einmütigkeit herrsche darin, daß das Reich die Pflicht hat, für die Kriegsbefähigten ausreichend zu sorgen.

Post-Gotha verteidigte seine Redaktionsführung des Fachblattes gegenüber den Angriffen in der Debatte. Er wünsche nicht, daß man sich von der Generalkommission trenne. Die Generalkommission müsse aber eine andere Taktik einschlagen, Neutralität nach beiden Seiten üben.

Nach längerer Diskussion, in welcher beide Richtungen ihren Standpunkt verteidigten, wurde der Antrag auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Gegen zwei Stimmen wurde folgende von Post-Gotha eingebrachte Resolution angenommen:

„Die gewerkschaftliche Organisation ist ein hohes und unentbehrliches Gut für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.“

Die Gewerkschaften sind vor allem dazu berufen, den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital zu führen. Zwischen Kapital und Arbeit bestehen unüberbrückbare Gegensätze.

Die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse macht es zu einer gebieterischen Pflicht, das hohe Gut in seinem Bestande zu schützen und mit allen Mitteln seine innere und äußere Erstärkung zu fördern. Dazu gehört: die Ausbreitung der Organisation, die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Kampfsmöglichkeit sowie die Pflege des sozialen Geistes nach den obigen Grundätzen.

Bedroht wird die gewerkschaftliche Organisation durch Angriffe von außen (Angriffe durch das Unternehmertum, Gesetzgebung, Verwaltung, Polizei, Justiz).

Aber auch Zerrwürfnisse innerhalb der Gewerkschaften könnten ihre Schlagkraft und Wehrfähigkeit lähmen. Die Grundlage der Gewerkschaften ist die Demokratie. Sie gibt jedem Mitglied das Recht, im Rahmen der Organisation seine Meinung zu bekunden, für die Anerkennung einer bestimmten geistigen Strömung, sowie bestimmter taktischer Maßnahmen zu wirken. (Die allgemeine Tendenz und Richtung ist gegeben in den aufgestellten und bisher von keiner Seite bestrittenen Grundätzen von dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, wie auch der Pflicht der allgemeinen Solidarität.)

Von welcher geistigen Strömung die taktischen Maßnahmen der Gewerkschaften geleitet werden sollen, das bestimmt, nach den Grundätzen der Demokratie, die Mehrheit der organisatorisch Verbundenen. Kein Mitglied, keine Körperschaft innerhalb der Organisation ist befugt, nach eigener Meinung die geistige Richtung und die Taktik der Gewerkschaft zu bestimmen. Es widerspricht den Grundätzen der Demokratie und ist geeignet, Zerrwürfnisse in die Organisation zu tragen, wenn einzelne Mitglieder, Vertreter von Mitgliedschaften oder Organisationsleitungen versuchen, die Gewerkschaft auf eine Politik zu verpflichten, die mit den anerkannten Grundätzen im Widerspruch steht und die von der Mehrheit der Mitglieder nicht beschlossen worden ist.

Insbondere ist kein Organisationsangehöriger, allein oder mit mehreren verbunden, berechtigt, Maßnahmen zu treffen, die die Organisation Dritten gegenüber zu taktischen oder politischen Aktionen verpflichten, ohne daß zu solchen Bindungen die Organisation ausdrücklich Auftrag erteilt hat.

Werden solche Grundätze mißachtet, dann tragen die Betreffenden Streiftätigkeiten in die Organisation, gefährden ihre Einheitlichkeit, ihre Schlagkraft und schädigen somit das Interesse des gesamten Proletariats.

In allen Fragen entscheidet allein die Organisation selbst, aber keines ihrer Organe.

Mehr denn je ist in der Zukunft die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisation unerlässliche Voraussetzung ersprieglischer gewerkschaftlicher Arbeit. Das Kapital, gewaltig gestärkt und organisatorisch kraft, einheitlich verbunden, steht zum Angriff gegen die Arbeiterklasse gerüstet auf dem Plane. Sollen die Arbeiter in den unausbleiblichen Kämpfen nicht unterliegen, dann muß ihre Wehrkraft gesteigert werden. Das geschieht, einmal durch das Fernhalten von Zerrwürfnissen, weiter durch Erweiterung des organisatorischen Rahmens, durch Verbesserung des wirtschaftlichen Nützgens der Gewerkschaft und vor allem auch durch die Pflege des Geistes der allgemeinen Solidarität aller Proletarier.“

Am 1. Oktober 1918 betragen die wöchentlichen Beiträge 50 Pf. in der 1. Klasse, 70 Pf. in der 2. Klasse und 90 Pf. in der 3. Klasse (bisher 35, 50 und 65 Pf.). Die Arbeitslosen- und Streikunterstützung wurde erhöht. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse beträgt die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit 80 Pf. bis 2,50 M. pro Tag auf die Dauer von 24 bis 40 Tagen, und bei Streiks 2 bis 3,50 M. pro Tag. Die Krankenunterstützung bleibt in der 3. Klasse wie bisher, sie wurde besonders in der 2. Klasse erhöht. Diese Unterstützung beträgt 40 Pf. bis 1,10 M. pro Tag. Die Streikunterstützung wird in der gleichen Höhe gewährt wie die Arbeitslosenunterstützung. Umzugs- und

Sterbeunterstützung bleiben wie bisher. Die erhöhten Unterstüßungen treten am 1. Oktober 1919 in Kraft. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt, ebenso der Aufsichtsratsvorsitzende und der Medatteur.

Der **Böttcherverband** hat seinen Verbandstag vom 17. bis 21. Juli in Würzburg abgehalten. Seine wichtigste Aufgabe war die Beschlußfassung über die vom Vorstand vorgeschlagene Neuordnung der Beiträge und der Unterstüßungsleistungen. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurden die Anträge angenommen. Hiernach ist der Wochenbeitrag um 25 Pf. erhöht; er beträgt nunmehr 85 Pf. Dementsprechend sind auch die Unterstüßungssätze geändert. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt künftig 15 Mk. wöchentlich, die Sätze der Krankenunterstützung steigen mit der Dauer der Mitgliedschaft. Neu eingeführt wurde eine Invalidenunterstützung. Außerdem beschäftigte sich der Verbandstag mit den Aufgaben des Verbandes nach erfolgter Demobilisierung. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Winkelmann (Wremen) zum Vorsitzenden wiedergewählt. Zum Verbandskassierer wurde Wagner (Düsseldorf) gewählt.

Jubiläum des Lederarbeiterverbandes. Am 1. Juli waren fünfundzwanzig Jahre verfloßen seit Beschmelzung der bis 1893 bestandenen beiden Gerberorganisationen. Die Weißgerber wie auch die Lohgerber hatten bis dahin ihre besondere Organisation. Dem Zuge der Zeit folgend, wurde nun die Verschmelzung beschlossen und die neue gemeinsame Organisation als Lederarbeiterverband nahm am 1. Juli 1893 ihre Tätigkeit auf. Das Vierteljahrhundert war ausgefüllt mit einer Reihe von Kämpfen zur wirtschaftlichen Besserstellung der Berufsangehörigen, von Aufklärungsarbeit, von Bestrebungen, die Organisation auszugestalten und zu festigen. Mit Genugtuung kann die „Lederarbeiter-Zeitung“ feststellen, daß auf allen Gebieten erfreuliche Fortschritte erzielt worden sind. Sie richtet aber auch an ihre Mitglieder die Mahnung, an das Werkende zu denken. Deshalb sei es ihre Pflicht, die Verbands-erfolge zu wahren, die Kräfte für die Aufklärungsarbeit zu verdoppeln für den schweren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Das Ziel sei, nicht nur gut zu leben, sondern auch, daß das Proletariat gleichberechtigt und frei leben will. Auch wir entbieten dem Verband zu seinem Jubiläum unsern Gruß und wünschen ihm für fernherhin die besten Erfolge.

Der **Verband der Schneider** wird am 14. Oktober und folgende Tage seinen 13. ordentlichen Verbandstag in Gotha und ab 8. September der **Verband der Tapezierer** in Hamburg seine ordentliche Generalversammlung abhalten.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Generalversammlung am 17. Juli im Gewerkschaftshaus erstattete zunächst Kollege Schulze den Geschäftsbericht vom 2. Vierteljahr. Allgemeine Bewegungen haben nicht stattgefunden. In den Hauptbranchen sind die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt; Tarifstreitigkeiten wurden von der Ortsverwaltung und durch die Schlichtungsinstanzen beigelegt. Darüber wurde in den Branchensammlungen berichtet. Infolge des Nachlassens der Heeresaufträge, insbesondere in der Konfektionsindustrie, ist auch ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, der noch durch verstärkte Heeresanziehung vermehrt worden ist. In den letzten 14 Tagen war eine größere Nachfrage nach Arbeitern zu vermerken, weil das Wundt die Unternehmer aufforderte, ihre Aufträge von der Zeit vor dem 1. Dezember 1917 bis 1. August auszuliefern. Was bis zu diesem Termin nicht geliefert ist, gilt als annulliert. Da neue Aufträge nicht herausgekommen sind, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß nach dem 1. August große Arbeitslosigkeit eintreten wird. Die Streckung der Arbeit durch die Bestimmung über Heeresnäharbeiten kommt nur für Konfektionsartikel in Betracht, aber nicht für Ausrustungsstücke, eine Auffassung, die auch von der Heeresnäharbeitskommission geteilt wird. Einen gegenteiligen Standpunkt nehmen ein großer Teil unserer Unternehmer ein, die nur Arbeiterinnen beschäftigen wollen, die im Weisse einer Ausweiskarte sind. Sollten sich hieraus Mißbilligkeiten ergeben, so mögen die davon Betroffenen im Bureau Meldung machen. — Kollege Weher weist in seinem Raportbericht darauf hin, daß die rückgängige Mitgliederzahl die Finanzen ungünstig beeinflusst. Trotzdem ist die Kassengebarung eine gesunde, was in der höheren Beitragsleistung ihren Ausdruck findet. Für die Hauptkassier wurden 23 817 Mark vereinnahmt, wovon 13 668 Mk. in bar abgeführt wurden. Die Lokalkasse schließt mit einem Bestande von 134 359 Mk. ab. Mit ihren Einnahmen kommt die örtliche Verwaltung nicht aus. Hier veranlaßte die örtliche Verwaltung von 1470 Mk. auf 751 Mk. Am Schlusse des Vierteljahres wurden 3538 Mitglieder, darunter 1274 weibliche, gezählt. Das

sind 185 männliche und 226 weibliche Mitglieder weniger. Zum Schlusse ersucht Kollege Weher die Mitglieder, im Erkrankungsfalle die Meldung innerhalb der ersten drei Tage vorzunehmen, damit die Unterstüßung vom 22. Krankheitsstage gezahlt werden kann. Beginnt doch die Karenz mit dem Tage der Meldung. Ohne Debatte wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Zu dem 2. Punkt der Tagesordnung übergehend: Ist die Abhaltung eines Verbandstages notwendig?, ist Kollege Schulze der Auffassung, daß die bis jetzt im Fachorgan aufgeführten Gründe durchaus nicht für die Abhaltung eines Verbandstages sprechen. Sie sind größtenteils auf die Verwertung des Geldes zurückzuführen. Was für die Vertagung des Verbandstages 1915 maßgebend war, gilt auch noch heute. Diesen Standpunkt kann das Verlangen der Ortsverbände nach höheren Beitragsanteilen nicht erschüttern. Dazu brauchen wir einen Verbandstag nicht, auch nicht zur Erhöhung der Beiträge. Das hat die vorjährige Urabstimmung bewiesen. Die Wiedereinführung der sieben-tägigen Karenz, bei Krankheitsfällen, die dem Statut entsprechen, kann durch Beschluß des Zentralvorstandes geschehen. Eine andere Frage allerdings ist es, ob dies im Interesse der Mitglieder liegt. Gilt sich doch die Berliner Ortsverwaltung stets gegen die Krankenunterstützung gewendet, um so mehr, als die Bezüge der Gefahr einer Beschlagnahme durch die Krankenkassen unterliegen. Anders liegt die Frage bei der Streit- und Arbeitslosenunterstützung. Aber während des Krieges sind Streiks so gut wie ausgeschlossen. Ist erst der Belagerungszustand aufgehoben, entwickeln sich dann wirtschaftliche Kämpfe, so wird der Zentralvorstand den Verhältnissen entsprechend Zuschüsse leisten müssen. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ist vom Standpunkt der Bedürftigkeit zu bejahen. Aber niemals kann sie so hoch gesetzt werden, um ausreichend zu sein. Da müssen schon den gewerkschaftlichen Forderungen entsprechender Staat und Kommune eingreifen. Bei der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung hat sich gezeigt, daß sie als ein Zuschuß zu der gewerkschaftlichen gezahlt wird, Mitglieder mit den höchsten Bezügen nichts aus öffentlichen Mitteln erhalten. Hier ist abzuwarten, wie die Reichsarbeitslosenunterstützung gestaltet wird, demzufolge kann ein Verbandstag jetzt nicht definitiv entscheiden. Ebenso nicht in der Verschmelzungsfrage mit den Tapezierern. Hier müßten sich die Verbandsleitungen erst verständigen. Also die bisher aufgeführten Gründe sind nicht durchschlagend. Wenn er, Redner, doch für die Abhaltung eines Verbandstages ist, so in der Hauptsache darum, weil wir bei der jetzigen Gestaltung der Arbeiterbewegung danach zu trachten haben, daß die Demokratie in den Gewerkschaften gewahrt bleibt. Dem Zentralvorstand muß Gelegenheit gegeben werden, über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Wie stellen wir uns zu den vom Heere entlassenen Kollegen? Das ist ebenfalls eine Frage, die der Entscheidung eines bald abzufaltenden Verbandstages unterliegt. Zu der Uebergangswirtschaft können wir so gut wie gar keine Stellung nehmen. Jahre werden vergehen, ehe eine Grundlage geschaffen wird, auf der neu aufgebaut werden kann. Wir haben uns nicht damit zu beschäftigen, was in Zukunft zu geschehen hat, sondern mit dem, was jetzt notwendig ist. Findet ein Verbandstag statt, dann müßte er die Verbandsleitung ermächtigen, sobald neue Situationen sich geltend machen, erneut einen Verbandstag einzuberufen. Die dazu erforderlichen hohen Kosten dürfen nicht scheut werden.

In der sehr angeregten, teils lebhaften Aussprache, waren die meisten Redner mit den Ausführungen einverstanden. Sie begrüßten den Verbandstag, um einmal dem Zentralvorstand Gelegenheit zu geben, sich zu der von ihm befolgten Politik zu äußern. Es ist zu beurteilen, wenn die Verbandsleitung durch die und dünnt mit der Generalkommission geht, wenn er sich Machtvollkommenheiten aneignet, über welche die Mitglieder lebhaft Klage führen. Auch sei es eine Unterlassungssünde, den Verbandsbeitrag nicht schon längst erhöht zu haben. Die Kollegen Wolf und Weinchild erklärten, nicht autorisiert zu sein, namens der Verbandsleitung ihrer zu sprechen. Ueber seine Tätigkeit wird der Zentralvorstand auf dem Verbandstag berichten. Wenn sie trotzdem das Wort ergreifen als Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin, so nur darum, um einige falsche Auffassungen zu zerstören und Angriffe zurückzuweisen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Schlagworte wie: Politik der Generalkommission, Hilfsdienstgesetz, Ludendorffsche u. a. lassen darauf schließen, daß die meisten Mitglieder die Motive nicht kennen, welche zu der eingekommenen Stellung drängten. Würde das Fachorgan mehr gelesen, die Versammlungen besser besucht, überhaupt die Mitarbeit an der Organisation reger sein, dann wäre es viel besser um den Verband und die Rechte der Arbeiter bestellt. Von der Verschmelzung mit den Tapezierern verpricht sich Kollege Weinchild große Vorteile für die in Betracht kommende Arbeiterschaft.

Zum Schlusse seiner Ausführungen ersuchte er die Mitglieder, wohl Kritik an der Tätigkeit der Verbandsleitung zu üben, aber immer in Maßen und Formen, wie sie unsern eigenen Ansehen entsprechen. Denn schließlich ist der Zentralvorstand doch nicht so schwarz, wie er hier hingestellt wird. Bei näherem Zusehen wird man auch manche weiße Flecke erblicken, die dann größer sein dürften als die schwarzen. Insbesondere habe niemand an der Tarifpolitik etwas auszufahren gehabt, ein Beweis, daß unsere Mitglieder immer noch den Vorstand haben, den sie verdienen. Bei sehr mangelhafter Beteiligung wurde dem Antrag zugestimmt, den Zentralvorstand zu veranlassen, einen Verbandstag einzuberufen.

Aus unserem Beruf.

Beschlagnahme von alten Lederwaren. Der vorstehende Enteignung. Die Reichsstelle für Schuhversorgung erläßt im „Reichsanzeiger“ eine Bekanntmachung über die Beschlagnahme und Enteignung getragener Schuhwaren, Alleders und gebrauchter Waren aus Leder, die noch tiefer als bisher in das Geschäftsleben eingreift. Der Beschlagnahme, die am 20. Juli in Kraft tritt, verfallen fast alle teilweise oder ganz aus Leder hergestellten Gebrauchsgegenstände, die nicht mehr ihrer Zweckbestimmung gemäß benutzt werden. Die amtliche Bekanntmachung zählt mehr als 40 solcher Gegenstände auf. Es sind da u. a. angeführt: alte Schuhe, Fußhülle, Würfelfestler, Schuhmappen und Ranzen, Pferdegeschirre, Schurzelle, Briefstaschen, Altknappen, Gürtel, Riemen aller Art (mit Ausnahme von Treibriemen) usw. Nicht beschlaggenommen werden jene Gegenstände, die sich im Eigentum der Heeresverwaltung oder im Besitze von Personen befinden, die die Schuhversorgung gewerksmäßig besorgen, ferner die im Haushalt vorhandenen Lederwaren. An den beschlaggenommenen Sachen dürfen Veränderungen, insbesondere Ortsveränderungen, nicht vorgenommen werden. Ihre Besitzer müssen sie sorgfältig aufbewahren und behandeln. Inwieweit die Ablieferung an die Kommunalverbände bis 30. September 1918 nicht freihändig erfolgt ist, verfallen sie der Enteignung. Auch müssen diese Gegenstände, wenn ihr Gesamtgewicht mindestens zehn Kilo beträgt, bis spätestens 15. Oktober d. J. bei dem zuständigen Kommunalverband angemeldet werden.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die graue Karte für die Arbeitslosenzählung ist am Sonnabend, den 27. Juli, auszufüllen und bis zum 4. August einzusenden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Ortsverbaltungen ersuchen, die bekanntgegebenen Daten genau zu beachten und die Karten auch dann auszufüllen, wenn in der Berichtszeit weder Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, noch Unterstüßung gezahlt worden ist. Verspätet eingehende Karten können für die Statistik nicht verwendet werden, verursachen auch unnützerweise Portoausgaben.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Halle a. S. B. Gotfried Dieblich, Merseburger Straße 96, III.

Sterbetafel.

Berlin. Am 13. Juli verstarb unser Mitglied

Nicolaus Söhl im Alter von 71 Jahren.

Cöln a. Rh. Am 10. 7. 18 verstarb das Mitglied

Friedrich Weusel.

Eisleben. In einem Lazarett ist unser Mitglied

Kurt Meher, 25 Jahre alt, verstorben.

Halle a. d. S. Infolge eines Herzschlages verstarb am 12. Juli unser Mitglied Paul

Riedel, 22 Jahre alt.

Straßburg i. E. Es verstarb unser langjähriges

Mitglied Faber Krempy, 61 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.